



Rechtsausschuss

60. Sitzung (öffentlich)

29. Juni 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:05 Uhr

Vorsitz: Dr. Ingo Wolf (FDP) (Vorsitzender)

Hartmut Ganzke (SPD) (Stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Stefan Ernst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

kommt der Ausschuss überein, als Tagesordnungspunkt 1 einen Bericht der Landesregierung zum Todesfall in Duisburg einzufügen, den bisherigen Tagesordnungspunkt 9 „Dritter Todesfall binnen zwei Monaten in der JVA Wuppertal-Ronsdorf“ als Tagesordnungspunkt 2 vorzuziehen sowie den bisherigen Tagesordnungspunkt 6 „Aktivitäten der LIES! GmbH und verbundener Organisationen unverzüglich unterbinden“ als Tagesordnungspunkt 3 vorzuziehen und die übrigen Tagesordnungspunkte danach zu beraten.

1 Todesfall in der JVA Duisburg-Hamborn

Bericht der Landesregierung

- 2 Dritter Todesfall binnen zwei Monaten in der JVA Wuppertal-Ronsdorf**
(TOP beantragt von der CDU-Fraktion, siehe Anlage) **15**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4051

- 3 Aktivitäten der LIES! GmbH und verbundener Organisationen**
unverzüglich unterbinden **19**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11903

Der Ausschuss kommt ohne Aussprache überein, diesen
Tagesordnungspunkt ohne Votum zu schieben.

- 4 Organstreitverfahren der PIRATEN-Fraktion im Landtag Nordrhein-**
Westfalen gegen 1. den Landtag Nordrhein-Westfalen 2. die
Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen wegen unterbliebener
Wahl eines Mitglieds der Antragstellerin zum vierten Vizepräsidenten
des Landtags **20**

VerfGH 6/16
Vorlage 16/3977

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, aufgrund
eigener Betroffenheit des Landtags eine Stellungnahme
abzugeben.

- 5 Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum**
Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr
2016 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2016) **21**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12117

Vorlage 16/4049

In Verbindung mit:

Gemeinsinn stärken – entschlossen gegen Radikalisierung. Konzept
zur Förderung der Integration der ausländischen Inhaftierten und zur
Verbesserung der Sicherheit im Justizvollzug NRW (TOP beantragt von
der Landesregierung, siehe Anlage)

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4050
Vorlage 16/4086

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt „Gemeinsinn stärken – entschlossen gegen Radikalisierung. Konzept zur Förderung der Integration der ausländischen Inhaftierten und zur Verbesserung der Sicherheit im Justizvollzug NRW“ mit in seine Beratungen zu TOP 5 einzubeziehen.

Der Ausschuss stimmt dem Nachtragshaushalt Drucksache 16/12117 mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung von FDP und PIRATEN zu.

6 Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen

28

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/10379

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der GRÜNEN

(Tischvorlage, siehe Anlage)

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag *(Tischvorlage, siehe Anlage)* mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und PIRATEN bei Enthaltung der FDP zu.

Sodann nimmt der Ausschuss den Gesetzentwurf Drucksache 16/10379 in der soeben geänderten Fassung mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und PIRATEN bei Enthaltung der FDP an.

7 Gesetz zur Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW und zur Änderung des Landeszustellungsgesetzes

29

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11845

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/11845 mit den Stimmen von SPD, CDU und GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der PIRATEN zu.

8 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten 31

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12068

Der Ausschuss kommt ohne Aussprache überein, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss fakultativ zu beteiligen.

9 Rechtliche Hürden für polizeiliche Videobeobachtung senken – mehr Sicherheit ermöglichen! 32

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/12121

Der Ausschuss kommt überein, sich an einer noch zu beschließenden Anhörung des federführenden Innenausschusses nachrichtlich zu beteiligen.

10 Sachbehandlung der Staatsanwaltschaft Münster im Hinblick auf Anklageerhebung wegen des Tötens männlicher Eintagsküken in der Massentierzucht (TOP beantragt von der FDP-Fraktion, siehe Anlage) 33

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4052

11 Projekt zur Strafverfolgung erwachsener Intensivtäter in Duisburg (TOP beantragt von der FDP-Fraktion, siehe Anlage) 41

Bericht der Landesregierung

Vorlage 16/4053

Vorlage 16/4212

- 12 Sachstand der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs (ERV) in der Justiz in Nordrhein-Westfalen** (TOP beantragt von der FDP-Fraktion, siehe Anlage) **42**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4054

- 13 Offene Fragen zur PEBB§Y-Fortschreibung 2014** (TOP beantragt von der FDP-Fraktion, siehe Anlage) **44**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4055

Eine Aussprache findet nicht statt.

- 14 Neubau des Amtsgerichts Gummersbach ohne den BLB – ist der Landesbetrieb nicht zu marktüblicher Preisgestaltung in der Lage?** (TOP beantragt von der FDP-Fraktion, siehe Anlage) **45**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4056

Eine Aussprache findet nicht statt.

- 15 Verschiedenes** **46**

a) Sitzungstermine 2017

b) Bericht der Landesregierung über beim Bundesverfassungsgericht anhängige Verfahren, Vorlage 16/4029

Der Ausschuss kommt überein, die Zuständigkeit des Rechtsausschusses zur Kenntnis zu nehmen.

c) Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über die psychosoziale Prozessbegleitung

Der Ausschuss kommt überein, eine Sachverständigenanhörung am 7. September 2016 zwischen 16 Uhr und 17:30 Uhr nach einer maximal zweistündigen regulären Sitzung des Rechtsausschusses durchzuführen und jeder Fraktion das Recht zu geben, einen Sachverständigen zu benennen.

d) Pressemitteilung der CDU-Fraktion aus der laufenden Sitzung

e) Hinweis auf die nächste Ausschusssitzung am 7. September 2016

* * *

15 Verschiedenes

a) Sitzungstermine 2017

Stellv. Vorsitzender Hartmut Ganzke informiert, die Sitzungstermine 2017 seien den Obleuten und den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt worden. Auf Nachfrage habe er keinen Beratungsbedarf feststellen können.

b) Bericht der Landesregierung über beim Bundesverfassungsgericht anhängige Verfahren, Vorlage 16/4029

Stellv. Vorsitzender Hartmut Ganzke legt dar, der vorliegende Bericht enthalte Informationen über die beim Bundesverfassungsgericht anhängigen Verfahren, zu denen der Landesregierung 2015 Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden sei. Laut Geschäftsordnung des Landtages bestehe eine Zuständigkeit des Rechtsausschusses.

Der Ausschuss kommt überein, die Zuständigkeit des Rechtsausschusses zur Kenntnis zu nehmen.

c) Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über die psychosoziale Prozessbegleitung

Dieser Gesetzentwurf werde am letzten Plenartag vor der Sommerpause in erster Lesung behandelt, so **stellv. Vorsitzender Hartmut Ganzke**. Der Referentenentwurf sei zwischenzeitlich zugleitet worden. Die CDU-Fraktion wolle eine Sachverständigenanhörung zu diesem Gesetzentwurf beantragen. Damit diese unmittelbar nach der Sommerpause stattfinden können, werde vorgeschlagen, bereits heute einen Vorratsbeschluss zur Durchführung eines Sachverständigengesprächs zu fassen.

Der Ausschuss kommt überein, eine Sachverständigenanhörung am 7. September 2016 zwischen 16 Uhr und 17:30 Uhr nach einer maximal zweistündigen regulären Sitzung des Rechtsausschusses durchzuführen und jeder Fraktion das Recht zu geben, einen Sachverständigen zu benennen.

d) Pressemitteilung der CDU-Fraktion aus der laufenden Sitzung

Dagmar Hanses (GRÜNE) bringt ihre Irritation über das aus ihrer Sicht inkongruente Verhalten der CDU zum Ausdruck. Während der Sitzung habe man über den Strafvollzug in Duisburg-Hamborn und in Wuppertal-Ronsdorf gesprochen. Noch während der Beratung des entsprechenden Tagesordnungspunktes habe die CDU eine Pressemitteilung herausgegeben, die „viel starken Tobak“ enthalte und offenkundig nicht zu den Äußerungen von Jens Kamieth während der laufenden Sitzung passe.

Laut der ersten Version der Pressemitteilung habe es bereits doppelt so viele Suizide wie im gesamten Jahr 2015 gegeben. Herr Kamieth habe in der Sitzung bessere Angaben als zunächst in der Pressemitteilung gemacht.

Laut der Pressemitteilung der CDU sei die Sicherheitslage entglitten. Das passe nicht zu den in der Sitzung gestellten sachlichen Fragen der CDU. Ein solches „Getöse in der Pressemitteilung“ passe aus ihrer Sicht zur gestrigen Sendung im WDR, aber nicht zur gemeinsamen Beratung des Ausschusses über den Strafvollzug.

Sie zeige sich verärgert, da das weder der Sache noch den Gefangenen noch den Beschäftigten noch der Profilierung der CDU zugutekomme. Sie halte das „für einfach blöd“.

Christian Haardt (CDU) entgegnet, eine Pressemitteilung der CDU als „blöd“ zu bewerten, stehe Dagmar Hanses selbstverständlich frei. Er behalte sich jedoch vor, so zukünftig auch bei Pressemitteilungen der Grünen zu verfahren.

Die CDU habe nicht vor, die Bewertung der Ausschusssitzung mit Dagmar Hanses oder irgendjemandem anderen zu diskutieren. Äußerungen in der Presse mit Bezug auf die Beratung von Tagesordnungspunkten könnten natürlich angesprochen werden, jedoch halte er es für merkwürdig, dies unter „Verschiedenes“ aufzurufen.

Er werde sich das für Sitzungen dieses Ausschusses und anderer Ausschüsse merken, bei denen die Pressemeldungen der Grünen herausgegeben würden, bevor der entsprechende Tagesordnungspunkt aufgerufen worden sei.

Heiko Hendriks (CDU) hält die Äußerungen von Dagmar Hanses für anmaßend und stellt klar, die Pressemitteilung sei 20 Minuten nach Beendigung der Diskussion über den in Rede stehenden Tagesordnungspunkt herausgegeben worden.

e) Hinweis auf die nächste Ausschusssitzung am 7. September 2016

Mit dem Hinweis auf die nächste Sitzung des Rechtsausschusses am 7. September 2016 schließt **stellv. Vorsitzender Hartmut Ganzke** die Sitzung.

gez. Dr. Ingo Wolf
Vorsitzender

gez. Hartmut Ganzke
Stellv. Vorsitzender

4 Anlagen

26.04.2017/16.05.2017